Strategische Ziele nicht erreicht, Weltwirtschaft aufgrund Sperrung der Straße von Hormus am Abgrund, Republikanern droht Niederlage bei den anstehenden Zwischenwahlen. Nun weigert sich der US-Kongress trotz knapper republikanischer Mehrheit auch noch, die von Trump geforderte Erhöhung der Militärausgaben auf 1,5 Billionen Dollar zu bewilligen. Die derzeitige Entwicklung im Konflikt zwischen den USA und dem Iran erinnert an die klägliche US-Niederlage im Vietnamkrieg. Von **Karsten Montag**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260806_US_Kongress_verweigert_Erhoehung_des_Militaerhaushalts_USA_stehen_im_Iran_womoeglich_vor_einer_weiteren_grossen_Niederlage_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

US-Präsident Donald Trump hat im April einen Militärhaushalt von 1,5 Billionen Dollar für 2027 gefordert. Ein aktueller Beitrag in dem US-Journal *Air & Space Forces Magazine* legt dar, dass der US-Kongress sich beharrlich weigert, der Regierung diese Geldmengen zu bewilligen. Die Forderungen der US-Regierung für den Militärhaushalt 2027 setzen sich zusammen aus einer regulären jährlichen Bewilligung von 1,15 Billionen Dollar sowie zusätzlichen Mandaten in Gesamthöhe von 350 Milliarden Dollar.

Diese Posten müssen zunächst vom Repräsentantenhaus beschlossen werden. Anders als bei den zusätzlichen Mandaten, bei denen eine einfache Mehrheit im Senat zur Zustimmung ausreicht, müssen bei der regulären jährlichen Bewilligung 60 der 100 Stimmen des Senats dafür sein, damit dieser Posten bewilligt wird. Das Repräsentantenhaus hat zwar eine reguläre jährliche Bewilligung von 1,15 Billionen Dollar für 2027 empfohlen, im „House Appropriations Committee“ – eine Art Vermittlungsausschuss zwischen Repräsentantenhaus und Senat – wurde diese Zahl jedoch auf 1,07 Billionen Dollar reduziert. Das Repräsentantenhaus hat über diese neue Empfehlung noch nicht entschieden. Auch Termine für die Abstimmungen in den beiden Kammern des US-Kongresses stehen noch nicht fest.

Über die 350 Milliarden Dollar für zusätzliche Mandate hat das Repräsentantenhaus noch gar nicht entschieden. Lediglich für einen von der Regierung geforderten Nachtragshaushalt von 67,1 Milliarden Dollar für 2026 – hauptsächlich zur Finanzierung des Irankrieges – haben die Abgeordneten 60 Milliarden Dollar bewilligt. Auch für die Abstimmung zu diesem Posten steht noch kein Termin im Senat fest, obwohl das US-Haushaltsjahr 2026 am 30. September endet.

Ein in dem Beitrag von *Air & Space Forces Magazine* zitierter Haushaltsanalyst sieht die Zögerlichkeit der republikanischen Abgeordneten, hohe zusätzliche Mandate für das Militär zu bewilligen, in der anstehenden Zwischenwahl, „bei der die Lebenshaltungskosten eine bedeutende Rolle spielen werden". Mehrere in dem Beitrag zitierte Haushaltsexperten gehen davon aus, dass der Kongress in diesem Jahr nicht mehr über die zusätzlichen Mandate in Höhe von 350 Milliarden Dollar abstimmen wird. Selbst eine Abstimmung zum Basishaushalt für das Militär bis 30. September steht auf der Kippe. Das Repräsentantenhaus hat vorsorglich eine Übergangslösung verabschiedet, um das Militär bis zum 4. Dezember auf dem Niveau von 2026 zu finanzieren. Auch hierzu muss der Senat noch zustimmen.

Sollte der Kongress lediglich den Basishaushalt von 1,07 Billionen Dollar sowie den Nachtrag von 60 Milliarden Dollar für den Militärhaushalt im Jahr 2026 verabschieden, könnte der US-Regierung für 2027 weniger Budget für die Kriegsführung zur Verfügung stehen als im Jahr 2026. Sollten zudem die Demokraten ab Anfang Januar 2027 die Mehrheit im Repräsentantenhaus besitzen, werden nachträgliche Haushaltsbewilligungen unwahrscheinlich. Trump, dessen Nachname auf Deutsch „Trumpf" bedeutet, sich jedoch aus dem deutschen Namen „Drumpf" – mittelhochdeutsch für „Trommel" oder „Trompete" – herleitet, hätte somit nur noch wenige Trümpfe in der Hand, um weiterhin die Kriegstrommel gegen den Iran oder andere Länder zu schlagen.

**Präsident Trump handelt offensichtlich nicht rational**

Im letzten auf den *NachDenkSeiten* veröffentlichten Beitrag hat der Autor geschrieben, dass die Zugeständnisse der USA an den Iran im gemeinsamen vorläufigen Abkommen deutlich gezeigt hätten, dass Trump eine Weiterführung des Konflikts unbedingt verhindern wollte. Zumindest bis zu den Zwischenwahlen (midterm elections) Anfang November dürfe die Welt hoffen, dass die US-Regierung keinen weiteren militärischen Konflikt anzetteln und alles unternehmen wird, dass eine Waffenruhe im Nahen Osten nicht von der israelischen Führung sabotiert wird. Die Einschätzung beruhte auf der Annahme, dass US-Präsident Donald Trump eine rationale Entscheidung getroffen hat.

Doch die erneuten US-Angriffe auf den Iran machen deutlich, dass Trumps Entscheidungen offenbar nicht von rationalen Überlegungen oder einem strategischen Plan geleitet sind, sondern offensichtlich von Gefühlsausbrüchen und planlosem Aktionismus. Das macht auch die von ihm verwendete Sprache deutlich, die von seinen Unterstützern in Europa – allen voran der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz – kopiert wird. Trumps Handlungen tragen dazu bei, dass seine Umfragewerte und die Chance für die republikanische Partei, die knappe Mehrheit im Abgeordnetenhaus und im Senat in den Zwischenwahlen zu

behaupten, weiter sinken.

**Wie kam es zum Scheitern des Abkommens zwischen den USA und dem Iran?**

Am 7. Juli – also keine drei Wochen nach Unterzeichnung des in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad verhandelten Memorandum of Understanding (MoU) – führte eine unterschiedliche Auslegung von Punkt fünf des Abkommens zu dessen endgültigem Ende. In dem entsprechenden Abschnitt heißt es, dass der Iran nach Unterzeichnung der Absichtserklärung alles unternehmen wird, „um Handelsschiffen für einen Zeitraum von 60 Tagen die sichere Durchfahrt vom Persischen Golf zum Omanischen Meer und umgekehrt gebührenfrei zu ermöglichen“. Der Schiffsverkehr solle „unverzüglich starten“. Angesichts der Notwendigkeit, „die technischen und militärischen Hindernisse sowie die Minen durch die Islamische Republik Iran zu beseitigen“, werde dies innerhalb von 30 Tagen erfolgen. Der Iran werde des Weiteren mit Oman einen Dialog führen, „um die künftige Verwaltung und die maritimen Dienste in der Straße von Hormus festzulegen, dies in Absprache mit anderen Anrainerstaaten des Persischen Golfs und im Einklang mit dem geltenden Völkerrecht und den Hoheitsrechten der Anrainerstaaten der Straße von Hormus“.

Die iranische Führung interpretierte diese Passagen so, dass sie bestimmt, wer wie und wann die Straße von Hormus passieren darf. Die US-Regierung ist wiederum davon ausgegangen, dass die Meerenge nach der Unterzeichnung des MoU sofort für jeden Schiffsverkehr geöffnet ist, und deklarierte eine nicht verminte Fahrrinne in der Nähe der Küste des Oman als passierbar. Bereits am 26. Juni griffen die USA wieder Ziele im Iran an, nachdem ein Frachter auf dieser Route durch eine unbekannte Drohne beschädigt wurde. Nachdem am 7. Juli drei weitere Schiffe in der alternativen Passage durch unbekannte Geschosse oder Drohnen beschädigt wurden, führte die US-Armee erneut Luftschläge gegen den Iran aus. Am gleichen Tag widerrief das US-Finanzministerium die Ausnahmegenehmigungen für den Export von iranischen Erdölprodukten sowie für alle damit verbundenen Dienstleistungen, wie sie in Punkt zehn des MoU festgelegt sind. Der Iran erklärte als Antwort darauf das Abkommen für nichtig und übte Vergeltungsangriffe in der Golfregion aus.

Trump bezeichnete am folgenden Tag die iranische Führung als „Abschaum“, als „kranke“, „bösartige“, „gewalttätige“ und „verrückte“ Menschen sowie als „Lügner“. Die erneuten Angriffe der USA auf den Iran schlossen neben militärischen Zielen auch Brücken, Flughäfen, Bahnhöfe und offenbar auch eine Entsalzungsanlage ein. Bereits Angriffe auf zivile Infrastruktur, die keinen militärischen Nutzen haben, können Kriegsverbrechen darstellen.

Sollten unabhängige Quellen bestätigen, dass die US-Armee auch gezielt Entsalzungsanlagen, welche die Zivilbevölkerung mit Frischwasser beliefern, zerstört hat, wäre dies theoretisch ein Fall für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag. Besonders schwer könnte in diesem Zusammenhang wiegen, dass Trump die Zerstörung von Brücken und Kraftwerken im Iran bereits mehrfach explizit angekündigt hat. Der IStGH hätte jedoch keine Handhabe gegen Trump oder andere US-Bürger, da sowohl die Vereinigten Staaten als auch der Iran das Römische Statut, die rechtliche Grundlage des Gerichts, nie ratifiziert haben.

Man könnte aus Sicht der USA argumentieren, dass der Text des Abkommens ungenau formuliert ist. Doch das spiegelt offenbar nicht den Geist der Verhandlungen wider. Bereits vor der Unterzeichnung des MoU kontrollierte der Iran die Straße von Hormus und erhob nach eigenen Angaben Gebühren von bis zu zwei Millionen Dollar für die Passage. Zudem meldete die iranische Nachrichtenagentur *Fars* am 15. Juni – zwei Tage vor Unterzeichnung des MoU – unter Berufung auf „informierte Quellen“, dass Punkt fünf des Abkommens noch im letzten Moment der Verhandlungen angepasst worden sei – wie mehrere Quellen bestätigen. Demnach habe die US-Regierung mit der Formulierung „Hoheitsrechte der Anrainerstaaten der Straße von Hormus“ die Kontrolle des Iran und des Oman über die Meerenge sowie mit der Formulierung „maritime Dienste“ zukünftige Gebühren für die Durchfahrt akzeptiert.

**Energiepreise steigen wieder in den USA – Trumps Umfragewerte sinken**

Wie immer man die Gründe für das Ende des Abkommens interpretiert, stellt sich die Frage, welche Ziele die US-Regierung mit der Anordnung erneuter Luftangriffe auf den Iran verfolgt. Die durchschnittlichen Umfragewerte zur Zufriedenheit der US-Bevölkerung mit der Arbeit von Präsident Trump lagen vor den Verhandlungen zum MoU nach langer, fast kontinuierlicher Talfahrt seit seiner Amtseinführung im Januar 2025 bei knapp über 38 Prozent. Nach der Unterzeichnung stiegen sie wieder auf knapp über 40 Prozent an. Seit dem Scheitern des Abkommens sind die durchschnittlichen Zustimmungswerte jedoch wieder gesunken und liegen aktuell (27. Juli) bei 39 Prozent.

Der durchschnittliche Benzinpreis in den USA, der Anfang des Jahres noch bei 2,68 Dollar pro Gallone (0,61 Euro pro Liter) lag, erreichte im Mai ein temporäres Hoch von 4,35 Dollar pro Gallone (0,99 Euro pro Liter) und fiel nach der Unterzeichnung des MoU bis Anfang Juli auf 3,65 Dollar pro Gallone (0,83 Euro pro Liter). Aktuell (27. Juli) ist der Preis wieder auf 3,95 Dollar pro Gallone (0,90 Euro pro Liter) gestiegen.

Der Preis für die Ölmarke West Texas Intermediate (WTI), der vornehmlich den Benzinpreis

in den USA bestimmt, ist von unter 60 Dollar je Barrel Anfang des Jahres mit Beginn des Krieges gegen den Iran Ende Februar auf bis über 114 Dollar je Barrel angestiegen. Nach der Unterzeichnung des MoU fiel er auf unter 70 Dollar je Barrel und stieg ab dem 7. Juli bis zum 20. Juli wieder auf über 84 Dollar je Barrel an.

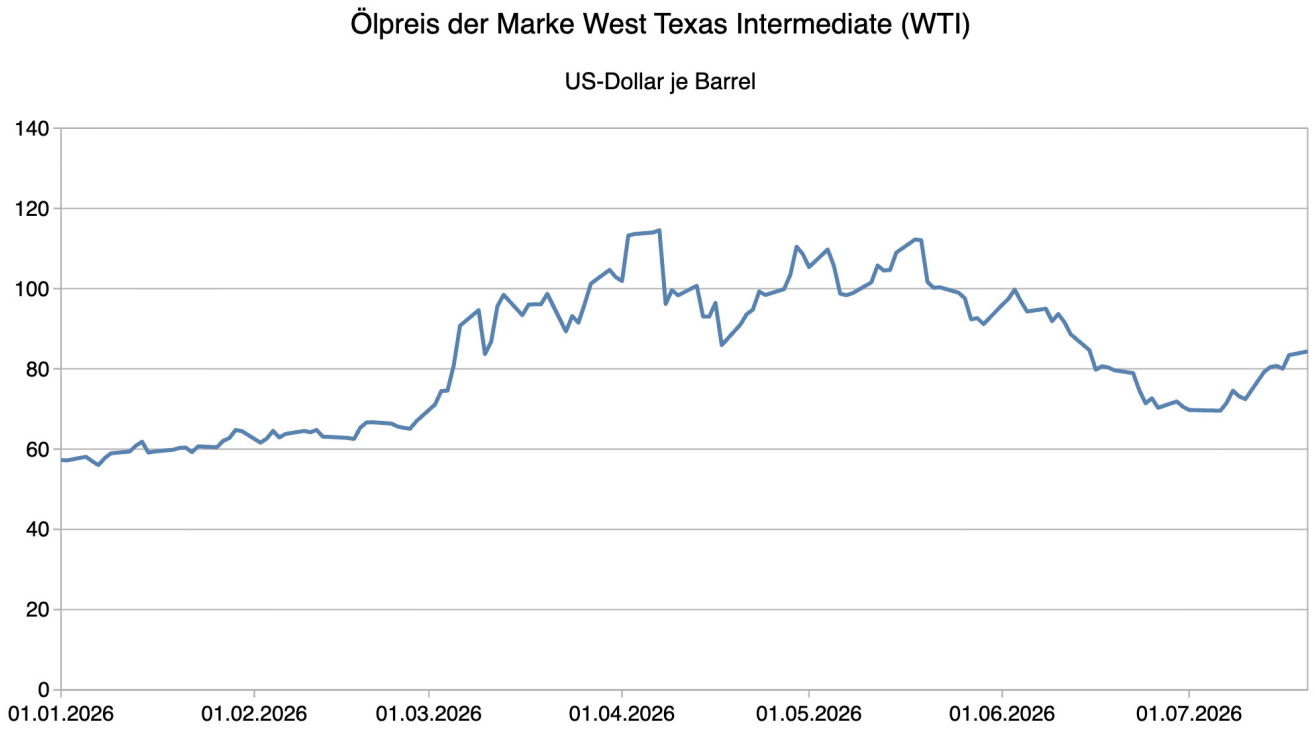



Abbildung 1: Ölpreis der Marke West Texas Intermediate (WTI), Datenquelle: Federal Reserve Bank of St. Louis

## Auswirkungen von Trumps Kriegspolitik auf die US-Zwischenwahlen Anfang November

Die Energiepreise in den USA, die derzeit offensichtlich die Umfragewerte von Präsident Trump beeinflussen, sind auch ausschlaggebend für die anstehenden Zwischenwahlen, in denen das US-Repräsentantenhaus sowie Teile des US-Senats neu gewählt werden. In beiden Gremien verfügen die Republikaner derzeit eine knappe Mehrheit. Diese Mehrheit steht aktuell insbesondere im Repräsentantenhaus auf dem Spiel. Die Wettplattform Kalshi sieht derzeit (28. Juli) die Chance, dass die Demokraten nach den Wahlen das Gremium kontrollieren werden, bei 84 Prozent. Anders sieht es hinsichtlich des Senats aus. Die Chance, dass die Republikaner die Mehrheit in diesem Gremium behalten werden, steht bei Kalshi bei 57 Prozent. Die neu gewählten Abgeordneten und Senatoren treten am 3. Januar 2027 ihr Amt an.

Die Mehrheiten im Repräsentantenhaus und im Senat haben große Auswirkungen auf die Verabschiedung von Gesetzesvorhaben und des Haushalts der US-Regierung. Bereits mit der aktuellen knappen Mehrheit der Republikaner in beiden Häusern wird es dem republikanischen Präsidenten Trump – wie bereits erwähnt – höchstwahrscheinlich nicht gelingen, seine Forderungen nach einem Militärhaushalt von 1,5 Billionen Dollar für 2027 bewilligt zu bekommen. Für eine tiefere Analyse der Gründe für den Entzug des finanziellen Fundaments von Trumps Kriegsführung sowie dessen mögliche Folgen lohnt sich ein Blick zurück. Denn der Irankrieg zeigt Parallelen zu früheren Militärinterventionen der USA auf, die größtenteils mit Niederlagen endeten.

**US-Wirtschaftssanktionen gegen den Iran sind gescheitert**

Die ursprüngliche Strategie der US-Führung, einen Regimewechsel im Iran mit wirtschaftlichem Druck herbeizuführen, ist nicht aufgegangen. Die von US-Finanzminister Scott Bessent unter dem Slogan „Making Iran Broke Again“ („Den Iran wieder in den Ruin treiben“) im März 2025 angekündigte „Kampagne des maximalen Drucks“ auf die iranische Wirtschaft und die iranische Währung hat nicht zum Sturz der Regierung geführt.

Die durch die US-Kampagne ausgelösten wirtschaftlichen Probleme des Iran haben jedoch Proteste gegen die Regierung mit Tausenden Toten zur Folge gehabt. Die iranische Führung meldete im Januar, dass 3.117 Menschen aufgrund von „Terrorakten“ ums Leben gekommen seien – darunter 2.427 Personen, die entweder Angehörige der Sicherheitskräfte oder zufällige Opfer waren. Die übrigen 690 Todesopfer wurden von der iranischen Führung bezichtigt, „von ausländischen Kräften angestiftete bewaffnete Terroristen“ gewesen zu sein. Im Januar gab US-Finanzminister Bessent auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos zu, dass die wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Iran „funktioniert“ hätten und zum Kollaps der iranischen Wirtschaft sowie zu den Protesten gegen die Regierung geführt haben.

**Auch mutmaßlich völkerrechtswidrige militärische Attacken auf den Iran bisher erfolglos**

Selbst der „Enthauptungsschlag“ der USA und Israels zu Beginn der erneuten Angriffe gegen den Iran am 28. Februar, bei dem der oberste Führer des Landes, Ali Chamenei, sowie Teile seiner Familie ums Leben kamen, hat die iranische Regierung nicht stürzen können – im Gegenteil. Betrachtet man die Menschenmengen, die an der Beerdigungszeremonie des „Revolutionsführers“ zwischen dem 4. und 9. Juli teilnahmen, scheint die Unterstützung in der Bevölkerung für die iranische Führung größer als zuvor. Dieser Trend zeichnete sich bereits im Januar ab, als die Regierung in Teheran zu Gegenprotesten gegen die Demonstrationen gegen die Führung aufgerufen hatte. Während

westliche Medien einseitig auf die Proteste gegen die Regierung fokussierten, versammelten sich in der iranischen Hauptstadt Tausende Menschen, um ihre Unterstützung für die Führung ihres Landes zu bekunden.

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages haben in einem Gutachten zu den erneuten Attacken auf den Iran festgehalten, dass diese nach „herrschender Ansicht" einen „völkerrechtswidrigen Verstoß gegen das in Art. 2 Abs. 4 VN-Charta niedergelegte Gewaltverbot" darstellen, da sie „weder vom Recht der Selbstverteidigung gedeckt noch vom VN-Sicherheitsrat gem. Art. 42 VN-Charta autorisiert wurden".

Nach Angaben des arabischen Nachrichtensenders *Al Jazeera*, der sich wiederum unter anderem auf Informationen des iranischen Gesundheitsministeriums beruft, sind aufgrund der Angriffe zwischen dem 28. Februar und dem 10. Juni 3.468 Menschen im Iran ums Leben gekommen sowie mehr als 26.500 Menschen verletzt worden. Seit den erneuten Angriffen der USA sind laut dem Sprecher des iranischen Gesundheitsministeriums zwischen dem 27. Juni und dem 24. Juli weitere 59 Todesopfer und 666 Verletzte hinzugekommen. Aufgrund der Gegenangriffe des Iran sind gemäß *Al Jazeera* bis zum 10. Juni in den Golfstaaten 38 und in Israel 26 Todesopfer zu verzeichnen gewesen. Auch 13 Angehörige des US-Militärs sollen ums Leben gekommen sein.

Empfindlicher für die Vereinigten Staaten dürften die gezielten iranischen Angriffe auf nur schwer zu ersetzende US-Militäreinrichtungen von hohem Wert in der Golfregion gewesen sein. Zudem hat die US-Denkfabrik „Center for Strategic and International Studies" bereits im April darauf verwiesen, dass die USA-Armee in den ersten knapp 39 Tagen des erneuten Krieges gegen den Iran möglicherweise die Hälfte der Gesamtbestände von vier der sieben wichtigsten Angriffs- und Abwehrraketen verbraucht hat. Diese wieder zu ersetzen, würde ein bis vier Jahre benötigen.

Im Gegensatz dazu haben sich anfänglich verkündete Erfolge des israelischen und des US-Militärs bei der Bombardierung von unterirdischen iranischen Raketenkomplexen als verfrüht herausgestellt. Ein aktueller Beitrag der pakistanischen Tageszeitung *Express Tribune* berichtet auf Basis von Satellitenaufnahmen von einem rapiden Wiederaufbau zerstörter Militär- und Industrieanlagen, Infrastruktur sowie der Zugänge zu den unterirdischen Raketen- und Drohnenproduktionsstätten im Iran.

Schlussendlich dürften jedoch die Sperrung der Straße von Hormus sowie der Druck auf die Weltwirtschaft aufgrund fehlender Öl-, Gas- und Kunstdüngerlieferungen aus dem Nahen Osten sowie seine fallenden Umfragewerte infolge der steigenden Energiepreise in den USA den Ausschlag gegeben haben, dass US-Präsident Donald Trump das MoU mit dem Iran am

17. Juni im Schloss Versailles bei Paris unterzeichnet hat. Der US-amerikanische geopolitische Analyst John Mearsheimer bezeichnete das MoU als „faktische Kapitulationserklärung“ der USA, da Trump „keine andere Wahl“ gehabt habe. Die Iraner seien im Begriff gewesen, den Krieg zu gewinnen, und sie hätten alle Trümpfe in der Hand gehabt, die Eskalation zu dominieren, so der Politikwissenschaftler von der Universität Chicago.

**Derzeitige Entwicklung erinnert an frühere Niederlagen der USA**

Die Militärausgaben der USA sind spätestens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von Wellen geprägt, deren Berge größtenteils mit Kriegen in Verbindung stehen.

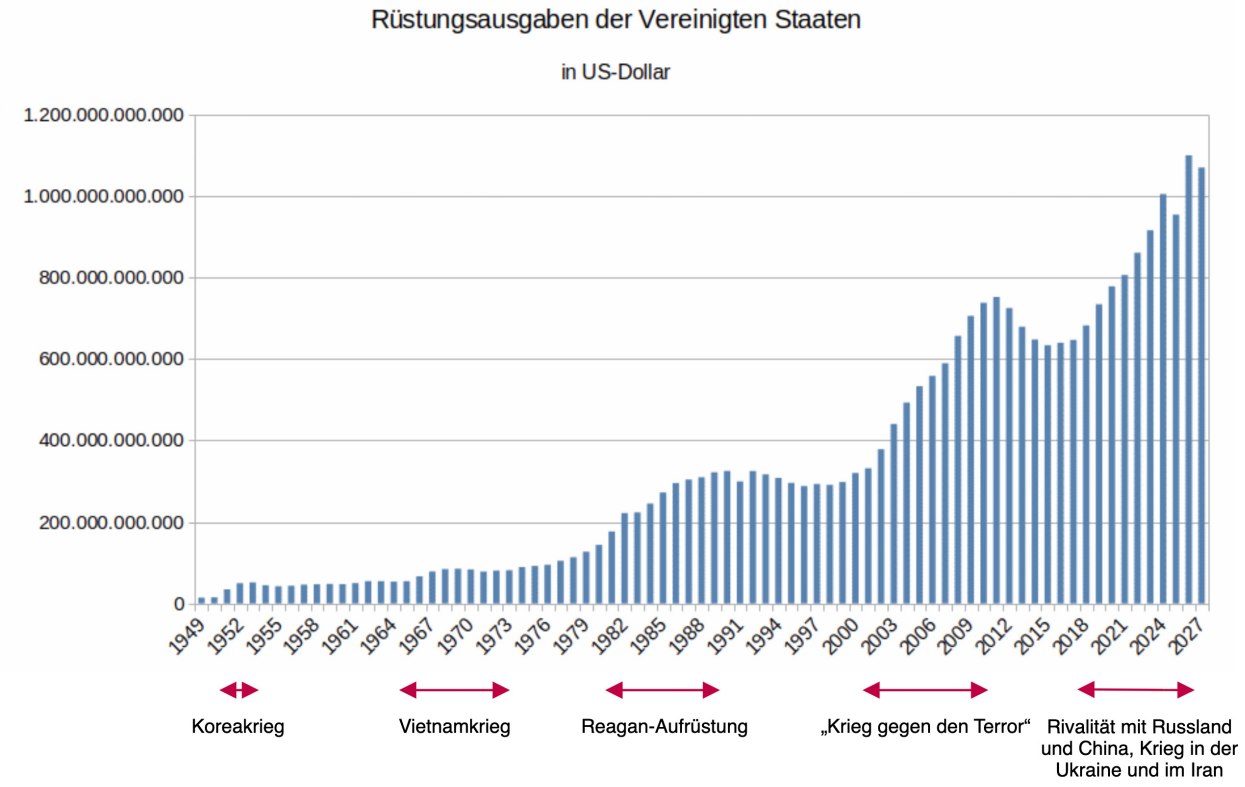



Abbildung 2: Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten in US-Dollar, Datenquellen: Stockholm International Peace Research Institute (1949 bis 2025), MilitarySpend (2026), Air & Space Forces Magazine (2026/2027)

Bereits den Koreakrieg 1950 bis 1953 haben die USA nicht gewonnen. Er endete mit einem Patt, das bis heute für die Trennung in Nord- und Südkorea verantwortlich ist. Es war zwar das ursprüngliche Ziel der Vereinigten Staaten, die nordkoreanischen Truppen hinter den 38. Breitengrad, der die ungefähre heutige Grenze darstellt, zurückzudrängen. Doch im

Laufe des Konfliktes erklärte die US-Regierung unter Präsident Harry S. Truman die Eroberung Nordkoreas als weiteres Ziel, was scheiterte. Das Ende des Konfliktes folgte nach einem Regierungswechsel in den USA. Der Demokrat Truman wurde von dem Republikaner Dwight D. Eisenhower abgelöst. Letzterer beendete den in den USA unpopulären Krieg mit hohen Verlusten ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt.

Die heiße Phase des Vietnamkriegs zwischen 1964 und 1973 fand unter dem demokratischen Präsidenten Lyndon B. Johnson und dem republikanischen Präsidenten Richard Nixon statt. Nixon wollte nach seinem Amtsantritt ursprünglich US-Truppen schrittweise aus Vietnam abziehen und die südvietnamesische Armee stärken, weitete den Krieg jedoch zeitweise auf Kambodscha und Laos aus. Daraufhin blockierte der Kongress die direkte und indirekte Unterstützung von Kampfhandlungen in Kambodscha, Laos, Nordvietnam und Südvietnam. Nach Nixons Rücktritt aufgrund der Watergate-Affäre ordnete sein Nachfolger, der demokratische Präsident Gerald Ford, 1975 die chaotische Evakuierung der letzten Amerikaner an. Der Vietnamkrieg wird historisch weitgehend als Niederlage der USA eingeordnet, auch weil das Kriegsziel – eine Verhinderung des Sieges des kommunistischen Nordens des Landes über das von den USA unterstützte Südvietnam – gescheitert ist.

Auch den sogenannten „Krieg gegen den Terror“ haben die Vereinigten Staaten nicht gewonnen. Symbolisch dafür stehen der chaotische Abzug aus Afghanistan und die Wiedererlangung der Macht in dem Land durch die Taliban. Im Grunde war die Niederlage bereits mit der Bezeichnung festgelegt, denn Kriege kann man nur gegen Menschen führen und nicht gegen eine Kriegstaktik. Terror wird von Widerstandsgruppen angewendet, deren Land von einem militärisch weitaus überlegenen Gegner angegriffen und besetzt wird. Es ist daher kein Wunder, dass die Besatzung Afghanistans und des Iraks den weltweiten so genannten „islamistischen Terror“ befördert hat, anstatt ihn zu minimieren.

Eine Studie der US-Denkfabrik „RAND Corporation“ von 2014 kam zu dem Ergebnis, dass zwischen 2010 und 2014 die Zahl der dschihadistischen Gruppen um 58 Prozent gestiegen ist, die Zahl der dschihadistischen Kämpfer sich verdoppelt und die Zahl der Anschläge durch mit Al-Qaida verbundene Gruppen sich verdreifacht hat. Eine Studie der US-Denkfabrik „Center for Strategic and International Studies“ von 2018 stellte fest, dass trotz annähernd zwei Jahrzehnten des „Krieges gegen den Terror“ fast viermal so viele sunnitische islamistische Kämpfer zu verzeichnen waren wie am 11. September 2001.

Die Urheber des „Kriegs gegen Terror“ hatten wahrscheinlich nie zum Ziel, den Terror zu besiegen, sondern die US-Militärausgaben zu steigern sowie den Zugang zu den kostengünstigsten Quellen der wichtigsten Rohstoffe unseres Zeitalters – Öl und Gas – im

Nahen Osten zu kontrollieren. Diese Kontrolle könnten die USA mit ihren Angriffen auf den Iran verlieren, denn die iranischen Vergeltungsschläge treffen insbesondere die US-Basen in den Golfstaaten, und auch Anlagen zur Öl- und Gasproduktion sind betroffen. Die Sperrung der Straße von Hormus senkt den Verkauf der Rohstoffe und deren Produkte der Golf-Anrainerstaaten zudem erheblich. Diese Attacken könnten die Nachbarn des Iran dazu verleiten, in den USA keine Schutzmacht mehr zu sehen, sondern den Grund für ihre wirtschaftlichen Verluste. Bilaterale Abkommen zwischen ihnen und dem Iran könnten zum Verlust der Kontrolle der Vereinigten Staaten über die Öl- und Gasvorkommen in der Region führen.

**Strategieanalyse durch künstliche Intelligenz sieht Vorteile beim Iran**

Im Grunde hat sich jede Entscheidung Trumps bezüglich des Iran als kontraproduktiv herausgestellt. Die einseitige Kündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran während seiner ersten Amtszeit führte dazu, dass Trump im Juni 2025 das iranische Atomprogramm bombardieren ließ. Dass er noch immer ein Abkommen mit dem Land zur Unterbindung der Anreicherung von Uran schließen will, widerspricht seiner Behauptung, das Programm vollkommen zerstört zu haben. Auch der Versuch, zunächst mit wirtschaftlichen und dann mit militärischen Mitteln einen „Regime Change“ herbeizuführen, ist kläglich gescheitert. Die Parallelen zu Venezuela sowie seine Versuche, China wirtschaftlich zu schädigen, zeigen jedoch, dass es Trump in Wirklichkeit um die Kontrolle der Öl- und Gasvorkommen des Iran ging, um dem größten wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenten der USA in Ostasien die Energiezufuhr abzudrehen.

Fragt man das US-amerikanische Sprachmodell Claude, warum Trump trotz des innenpolitischen Drucks aufgrund der steigenden Energiekosten im eigenen Land sowie der Zwischenwahlen im November den Iran erneut angriffen hat, dann nennt dieses als „logisch plausibelste Gesamterklärung“ ein Zusammenspiel aus verschiedenen Faktoren. Diese Faktoren seien

- ein wahrgenommener Vertragsbruch der Gegenseite als unmittelbarer Auslöser,
- bereits versenkte Milliardenkosten ohne ein erkennbares Ergebnis,
- eine Diskrepanz zwischen breiter, aber politisch nicht unmittelbar folgenreicher öffentlicher Ablehnung und einer stärker gewichteten Kernbasis,
- eine institutionelle Eigendynamik einer bereits aktivierten Militärstruktur sowie

- möglicherweise persönlichkeitsbezogene Eigenschaften des Präsidenten.

Keiner dieser Faktoren allein müsse ausreichen, so Claude, aber gemeinsam würden sie ein kohärentes Bild erzeugen, warum innenpolitischer Druck allein offenbar nicht ausgereicht hat, eine erneute Eskalation zu verhindern.

Stellt man dem Sprachmodell die Frage, was die iranische Führung bewogen hat, die Kampfhandlungen mit den USA wieder aufzunehmen, kommt es zu dem Schluss, dass das „Regime“

- strategisch auf Zeitgewinn setzt,
- innenpolitisch von der Fortdauer der Bedrohungslage profitiert,
- sein zentrales Druckmittel – die Kontrolle der Straße von Hormus – nicht kampflos aufgeben will und
- wenig Vertrauen in die Verlässlichkeit einer Verhandlungslösung mit den USA hat.

Daher hätte die iranische Führung relativ wenig Anreiz, sich an eine brüchige Waffenruhe zu halten – insbesondere wenn eine begrenzte Eskalation – Angriffe auf Schiffe statt Vollkonfrontation – als kalkulierbares Risiko mit potenziell hohem strategischem Ertrag erscheint.

**Niederlage USA, Bodenkrieg oder Einsatz von Atomwaffen?**

Das Nichterreichen strategischer Ziele, die wüsten Beschimpfungen der iranischen Führung, das Festhalten an militärischen Interventionen, die zuvor bereits zu keinem Ergebnis geführt haben, sowie die drohende Weigerung des US-Kongresses, die von Trump geforderte Erhöhung des Militärhaushaltes zu bewilligen, zeichnen ein Bild, das an das klägliche Ende des Vietnamkrieges erinnert. Allerdings hat es damals eines Regierungswechsels in Washington bedurft – ähnlich wie bereits bei der Beendigung des Koreakrieges. Es ist also durchaus möglich, dass der Konflikt zwischen den USA und dem Iran noch bis zum Ende von Trumps Amtszeit weiter schwelt.

Es steht viel auf dem Spiel. Eine mögliche Kontrolle über alle Öl- und Gasquellen des Nahen Ostens würde den USA nicht nur zu einem strategischen Vorteil gegenüber China verhelfen. Auch der Petrodollar ist in Gefahr, wenn die Golfstaaten die US-Militärbasen in ihren

Ländern nicht weiter akzeptieren. Ohne die ständige Präsenz der US-Armee in der Region könnten sie auf den Gedanken kommen, ihre Ressourcen nicht mehr allein gegen Dollar zu verkaufen. Der Iran veräußert sein Öl bereits an China in der chinesischen Währung Yuan. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben die USA im April davor gewarnt, ihre Ressourcen gegen Yuan zu verkaufen. Auch Saudi-Arabien hat bereits einige Transaktionen mit anderen Währungen als dem US-Dollar vollzogen. Die Deckung des US-Dollars mit dem weltweiten Ölhandel hat es den Vereinigten Staaten in den letzten fünf Jahrzehnten ermöglicht, sich trotz eines stetig wachsenden Außenhandelsdefizits im Ausland in der eigenen Währung zu verschulden.

Die weitere Entwicklung hängt stark von dem Ausgang der Zwischenwahlen in den Vereinigten Staaten am 3. November ab. Die derzeitige erneute Eskalation im Irankrieg schmälert die Chancen, dass die Republikaner ihre knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat verteidigen können. Die Hoffnung Trumps, dass die iranische Führung in den verbleibenden drei Monaten auf Forderungen der US-Regierung eingeht, ist angesichts der strategischen Vorteile des Landes in diesem Konflikt unwahrscheinlich. Es bedürfte schon einer US-Bodenoffensive oder des Einsatzes von Atomwaffen, um einen militärischen Sieg gegen den Iran zu erzielen.

Dass Trump Letzteres womöglich bereits in Erwägung gezogen hat, zeigen seine Äußerungen im April. Damals schrieb er im Rahmen eines geplanten nächtlichen Angriffs auf den Iran in einem Post auf *Truth Social*, eine „ganze Zivilisation“ werde „untergehen“, „die nie wieder auferstehen wird“. Er wolle nicht, „dass das geschieht“, aber es werde „wahrscheinlich so kommen“. Dies hat weltweit Spekulationen ausgelöst, ob damit der Einsatz von Atomwaffen gemeint gewesen war.

Titelbild: PaulFeatherstone / Shutterstock